

Rede zu Nokia (Plenarsitzung vom 13.03.2008)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Es spricht nun der fraktionslose Abgeordnete Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Die SPD hat es immerhin noch wunderschön vorgetragen – das kann man vom Minister nicht sagen. Er hat schlecht abgelesen und war reichlich „uninspiriert“ bei diesem Thema. Das muss man feststellen. Das ist ja auch kein Wunder. Denn die Neoliberalen von der FDP, die da vorne sitzen, sind erst zufrieden, wenn alle nur noch Zeitarbeitsverträge haben. Das ist das, worauf es Ihnen ankommt.

Worum geht es eigentlich? – Wir haben den Fall Nokia – das ist auch angekündigt. Wir haben allerdings zum Fall Nokia nichts Konkretes gehört. Die Realität sieht aber so aus, dass Nokia im Sommer dichtgemacht wird; ein paar Tausend Leute werden entlassen. Besonders hart trifft es die Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer, die jetzt schon entlassen werden und für die es keinen Sozialplan und auch keinen Interessenausgleich gibt.

Man muss sich fragen: Was macht eigentlich die Landesregierung? – Sie führt hier in Nordrhein-Westfalen ein absurdes Theater auf, um von ihren eigenen Versäumnissen abzulenken, versucht jetzt, Subventionen zurückzubekommen – von 60 Millionen ist die Rede. Jeder weiß genau: Wahrscheinlich ist das überhaupt nicht möglich, weil es unzulässig ist. Man muss sich schon fragen: Warum wurden die Subventionen nicht vorher zurückverlangt? Die Antwort ist klar: Es geht Ihnen gar nicht um die Sache, sondern Sie wollen heiße Luft produzieren, um von Ihren Problemen, Ihren Versäumnissen und Ihrem Verschulden abzulenken, was Sie im Falle Nokia trifft.

Man muss deutlich sagen: Die Zeitarbeitsgesetze sind unsozial. Der Vorwurf geht natürlich auch nach Berlin, Herr Weisbrich – Sie sitzen mit in der Regierung. Sie haben da unsoziale Gesetze. Und Sie haben alle Initiativen, um diese unsozialen Gesetze zu ändern, verhindert – übrigens gemeinsam mit der SPD. Denn wir haben vor einiger Zeit im Bundestag Anträge eingebracht, damit andere Perspektiven vorhanden sind. Wir haben auch davon gesprochen, dass es ein Verbot für Massenentlassungen geben muss. Auch da sollte man darüber nachdenken, welche Bedingungen es ermöglichen, dass so etwas gemacht wird.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Ja, genau. Wunderbar, Herr Weisbrich: Immerhin geben Sie Fehler zu.

(Christian Weisbrich [CDU]: Ihre Fehler!)

Sie haben unseren Anträgen in Berlin aber nicht zugestimmt. Ich habe die große Befürchtung, dass in Berlin auch keinerlei Bereitschaft vorhanden ist, das, was Sie hier zum Teil großspurig verkünden, übrigens auch das von der SPD, in Berlin tatsächlich umzusetzen; denn in Berlin – Sie gehören zu der Großen Koalition dort – hätten Sie die Möglichkeit, das zu tun.

Es ist schon sehr merkwürdig, dass es erst eines Beispiels wie Nokia bedarf, bis auch die SPD begreift, dass die Zeitarbeitspolitik, die im Wesentlichen Schröder verursacht hat, ein großer Fehler ist und dass es so nicht geht.

Man muss sehen, wie die Entwicklung ist. Die Situation ist mittlerweile so, dass bei BMW 8.300 Leute nur deswegen entlassen werden sollen, weil man die Profitmaximierung noch weiter antreiben will. Man will nicht 20 %, sondern 26 % Eigenkapitalrendite haben. Da werden mal eben 8.300 Leute entlassen. Das ist die Lage, die wir mittlerweile in der Bundesrepublik haben.

War früher die Situation hinsichtlich der Zeitarbeit so, dass man kurzfristige Engpässe vermeiden wollte, wenn, zum Beispiel durch Krankheit verschuldet, so etwas entstanden war, dann gibt es mittlerweile einen Reformwahn, und man versucht alles, um noch mehr Leute in die Zeitarbeit hineinzudrängen. Deswegen kann ich das, was von Minister Laumann zu hören war, nicht ernst nehmen. Das ist alles nur Wortgeklingel, was Sie hier machen. Ich erwarte Taten. Wenn hier die Rede von gleichem Lohn für gleiche Arbeit ist, dann sollte das auch für die Leiharbeit gelten. Ich kann überhaupt nicht erkennen, dass hier real etwas gemacht wird.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Abschließend noch einen Satz: Es gibt eine klare Mehrheit für eine sozial gerechte Politik – das gilt auch für die Leiharbeit –, aber man muss die konkreten Möglichkeiten, die eine solche Mehrheit bietet, auch umsetzen. Ich hoffe, dass entsprechende Beschlüsse in der Republik bald gefasst werden, damit wir andere und bessere Bedingungen für die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter bzw. Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter haben. – Danke schön.

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Sagel. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ich habe mich doch gemeldet!)

– Herr Schmeltzer? – Bitte.